

Kreisen, die (laut KNA, 12. 12. 68) die Einrichtung von Beratungsstellen durch die katholische Kirche als „Verschwendung von Kirchensteuergeldern“ bezeichneten. Für die Rechtsprechung stellen die Zeugen Jehovas einen problematischen Sonderfall dar. Sie lehnen nicht nur den Wehrdienst, sondern auch, weil sie dem Staat als einer widergöttlichen Einrichtung nicht dienen wollen, den Ersatzdienst ab. Zahlreiche Anhänger dieser Glaubensgemeinschaft haben sich deshalb Gefängnisstrafen zugezogen. Die Gerichte stehen vor der Frage, ob sie diese eindeutigen Gesinnungstäter tatsächlich, wie oft geschehen, mit Kriminellen in einer Haftanstalt unterbringen sollen oder ob es sich der Staat leisten kann, diese Minderheit in ihrer Eigenart zu tolerieren. Ein Fortschritt ist es jedenfalls, daß nach einem Entscheid des Bundesverfassungsgerichts Zweit- und Drittbestrafungen für das gleiche Vergehen (Nichterscheinen zum Ersatzdienst) nicht mehr verhängt werden dürfen. Neuerdings wird den Zeugen Jehovas die Alternative angeboten, sich für einen zweieinhalbjährigen freiwilligen Pflegedienst bereitzuerklären, der zudem tariflich bezahlt wird.

Ein politisch-ethisches Dilemma

Wehrdienstverweigerer zitieren gerne den bekannten Ausspruch von J. F. Kennedy: „Krieg wird es geben bis

zu jenem fernen Tag, wo der Kriegsdienstverweigerer das gleiche Ansehen und Prestige besitzt wie der Krieger heute.“ Sie sind jedoch nach wie vor, numerisch gesehen, eine unbedeutende Minderheit, die allerdings für sich in Anspruch nehmen kann, den eigenen Standpunkt gegen manche Widerstände und persönliche Benachteiligungen vertreten zu haben. Das Problem der Kriegsdienstverweigerung macht das Dilemma so recht deutlich, in dem sich die Friedensarbeit immer noch befindet. Denn einerseits wird auch in militärischen Kreisen nicht mehr bestritten, daß der Krieg kein brauchbares Mittel mehr ist, um Konflikte zu lösen, während sich gleichzeitig den Staaten immer noch die Notwendigkeit der Rüstung aufzuzwingen scheint, weil sich gegenwärtig der Frieden offenbar nur mit militärischer Macht sichern und verteidigen läßt. In dieser Ausweglosigkeit kommt dem Kriegsdienstverweigerer eine nicht unwichtige Aufgabe zu — soweit er wirklich aus Gewissensgründen handelt und sich nicht von politischen Richtungen zu destruktiven Zwecken mißbrauchen läßt. Er kann zur Schaffung eines Friedensklimas beitragen. Das Prinzip der Gewaltlosigkeit setzt dem einseitigen militärisch-machtpolitischen Denken eine Alternative entgegen, mit der sich die Öffentlichkeit auseinandersetzen muß. Die Arbeit der Verbände, soweit sie zweckfremde agitatorische Einflüsse auszuschalten verstehen, kann der Gefahr von Ideologisierung entgegenwirken und die verbreiteten Pauschalurteile relativieren.

Länderbericht

Kirchliche Entwicklungstendenzen in der DDR

In diesem Jahr wird in Mitteldeutschland am 7. Oktober der 20. Gründungstag der DDR mit großem Aufwand gefeiert werden. Wenn man die vier Jahre offener sowjetischer Besatzungspolitik zwischen 1945 und 1949 hinzurechnet, so wird Mitteldeutschland immerhin schon 24 Jahre kommunistisch beherrscht. Während auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens — in Wirtschaft, Kultur, Kunst, Wissenschaft, Recht — die SED-Führung grundlegende Veränderungen durchzusetzen vermochte, blieb bisher lediglich der kirchliche Bereich von einer vollständigen Gleichschaltung verschont, wenngleich es dem kommunistischen Regime bereits gelungen ist, die Kirchen an den äußersten Rand des gesellschaftlichen Lebens zu drängen. Bis auf den heutigen Tag stehen die Kirchen in der DDR aber noch nicht unter direkter Staatskontrolle. Ihre Organe können — mit bestimmten Einschränkungen — frei wirken. Faktisch sind die Kirchen die zahlenmäßig größten und einzigen „Massenorganisationen“, die noch nicht auf sozialistische Linie gebracht sind, obwohl es Tendenzen in dieser Richtung gab und gibt.

Wenn auch die Kirchen in ihrer Existenz bisher nicht direkt gefährdet sind und ihnen — nahezu ganz ungeengt auf den Kultbereich — Freizügigkeit gestattet wird, so wurde durch den im Prozeß der sozialistischen Umgestaltung vorangetriebenen Säkularisierungstrend sowie durch den Druck der jahrelangen systematischen kommunistischen Indoktrination und einer zielbewußten Kirchenpolitik nicht nur die gesellschaftliche Rolle und Funktion der Kirchen beträchtlich herabgemindert. Auch die Zahl der Kirchenglieder verringerte sich.

Der statistische Trend . . .

Einen Einblick über die offensichtlichen Auswirkungen eines sehr wirksamen Entwicklungsprozesses infolge des allgemeinen gesellschaftlichen Strukturwandels und die Ergebnisse atheistischer Propaganda geben die Zahlen, die in einem 500 Seiten starken Band „Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 31. Dezember 1964“ im Herbst 1968 veröffentlicht wurden. Während es zunächst gegen die konfessionsstatistischen Angaben erhebliche Vorbehalte gab und die Vermutung geäußert wurde, daß diese Zahlen zuungunsten der Kirche in erheblichem Umfang manipuliert wurden, werden sie jetzt als halbwegs richtig anerkannt.

Von den 17 003 633 Bewohnern der DDR haben sich Ende 1964 5 416 814 (31,86% der Bevölkerung) als „konfessionell nicht gebunden“ bezeichnet. 1950 hatten sich nur 8% als konfessionslos bezeichnet. In den Zählungsbogen trugen sich 10 091 907 (59,35%) als Angehörige der evangelischen Kirche ein. 1950 waren es noch 14,8 Millionen (80%). Als Katholiken bekannten sich 1 375 237 (8,1%). Bei der Zählung 1950 waren es noch 2,0 Millionen (11%). Der Rückgang von 4,7 Millionen evangelischen und 600 000 katholischen Christen ist nach vorsichtigen Schätzungen zu etwa einem Viertel durch die „Republikflucht“ erklärbar, die restlichen drei Viertel dürften in erster Linie Ergebnisse eines Entkirchlungstrends, wie wir ihn auch im Westen kennen, und zu einem geringeren Teil auch Resultat atheistischer Propaganda und Erziehung sein.

Das Staatliche Zentralamt für Statistik der DDR hat die Volkszählungsergebnisse hinsichtlich Religionszugehörigkeit nicht nach Altersgruppen, sozialen Schichtungen, Verteilung auf Stadt- und Landkreise im einzelnen aufgegliedert. Differenziert wurde lediglich zwischen einzelnen Bezirken und nach Geschlechtern.

An der Spitze der Entkirchlichung steht Ost-Berlin, dann folgen die Bezirke Leipzig, Dresden und Gera. In Ost-Berlin betrug der Anteil der nicht konfessionsgebundenen Bevölkerung 46,5%. Damit wurde erstmalig der Anteil der Angehörigen der dort bisher zahlenmäßig dominierenden evangelischen Kirche (1964: 45,85%) übertroffen. Auch in den übrigen Großstädten der DDR dürfte gleichlaufend mit der Ost-Berliner Entwicklung ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Konfessionslosen registriert worden sein, wenngleich das Ost-Berliner Ergebnis nicht erreicht worden ist.

Obwohl in der DDR die Gleichberechtigung der Frauen in vielen Bereichen relativ konsequent verwirklicht wurde, dominieren auch heutzutage immer noch die Männer im gesellschaftspolitischen Bereich. Der proportional höhere Anteil konfessionsloser Männer wirkt sich daher für die Präsenz der Kirchen in der Gesellschaft negativ aus. Das Zahlenverhältnis der Geschlechter im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung der DDR betrug Ende 1964: 45,5% männlich und 54,5% weiblich. Bei den Katholiken ist die Relation der Geschlechter jedoch 42,3% männlich und 57,7% weiblich. In der evangelischen Kirche besteht diesbezüglich ein Zahlenverhältnis 42 zu 58. In Ost-Berlin ist die Situation am ungünstigsten. Gesamtbevölkerung 44 zu 56, evangelische Bevölkerung 38% männlich zu 62% weiblich. 53,5% der Ost-Berliner Männer (251 000 von 469 000) bezeichnen sich bei der Volkszählung als konfessionslos. Im DDR-Durchschnitt gab es dagegen nur 37% konfessionslose Männer.

Inzwischen sind keine nennenswerten Verschiebungen im Mitgliederstand der Kirchen vor sich gegangen. Auf einer nur leicht sinkenden Kurve erfolgte eine relative Stabilisierung. Deshalb kann man davon ausgehen, daß die vorstehend genannten Zahlen im großen und ganzen noch heute richtig sind, zumal bekannt ist, daß bei der Volkszählung sich manche Bürger, die offiziell längst aus der Kirche ausgetreten waren, sich als Christen ausgegeben haben, um so ihren Widerwillen gegen das Ulbricht-Regime zu bekunden. Der Rückgang der Taufen, kirchlichen Trauungen und selbst der kirchlichen Bestattungen zeigt jedoch, auf welch schwankendem Boden die Kirche steht.

... durch kirchliche Erhebungen bestätigt

Laut Volkszählungsergebnis kam ein Geistlicher auf 1576 Kirchenangehörige. Die Gesamtzahl der in kirchlichen Diensten Beschäftigten soll sich auf 18 276 belaufen. Die Vertreter „konfessioneller Berufe“ stellten damit nur 0,2% der insgesamt nahezu 8 Millionen Berufstätigen.

Von evangelischer Seite (vgl. den redaktionellen Artikel „Zwischen Volkskirche und Freiwilligkeitsgemeinde — Tatsachen und Tendenzen aus dem kirchlichen Leben in der DDR“ in den „Evangelischen Kommentaren“, November 1968) wird bestätigt, daß auch anhand kirchlicher Erhebungen in einzelnen Landeskirchen kein günstigeres Ergebnis festgestellt werden konnte.

Die „Evangelischen Kommentare“ (S. 619f.) schreiben

u. a.: „Diejenigen Landeskirchen, die in den letzten Jahren den Versuch unternommen haben, die ‚Seelenzahl‘ ihrer Gemeinden anhand eigener Erhebungen festzustellen, sind zu Zahlen gekommen, die unter denen der Selbsteinschätzung bei der Volkszählung liegen. Anhalt stellte für 1963 einen Rückgang gegenüber 1954 um 63 000 auf 360 000 fest. Mecklenburg kam 1965 auf wenig mehr als 1 Million, Thüringen 1966 auf 1,35 Millionen. Für Mecklenburg gibt es eine Taufziffer von 1967 mit 6592 (1965: 7942), das ist 0,66 von Hundert der Gesamtseelenzahl. Ein fast gleiches Verhältnis stellte Anhalt schon 1963 fest. Im Ostteil von Berlin-Brandenburg wurden 1961 knapp 20 000 Taufen registriert, ebenfalls wesentlich weniger als 1% der damaligen Seelenzahl. Zum Vergleich: die Geburtenziffer in der DDR lag in diesen Jahren um 1,5 je Hundert der Gesamtbevölkerung. Von den als Säuglingen Getauften werden von der evangelischen Unterweisung in Christenlehre und Konfirmandenunterricht im Schnitt nur 50% überhaupt erfaßt (in den Großstädten gar nur zwischen 11 und 13 v. H.). Mit dem Rückgang der Taufen mag sich dieses Verhältnis allerdings künftig etwas verbessern. Die kirchlichen Finanzexperten lesen den sich verschlechternden Altersaufbau der Kirchengemeinden an der von ihnen registrierten starken ‚Überalterung‘ der Kirchensteuerkonten ab.“

Auch die im Ost-Berliner Union-Verlag erschienene Habilitationsschrift von G. Kretzschmar „Volkskirche im Umbruch — Kirchliche Lebensäußerungen in drei Gemeinden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens — Eine praktisch-theologische Arbeit auf kirchengemeinsoziologischer Grundlage“ bestätigt diese Hinweise im Detail.

Kretzschmar stellt fest: „Die Kirche lebt nicht mehr in einer bürgerlich bestimmten Sphäre, sondern in einer Welt tiefgehender sozialer Wandlungsprozesse, die in unserem Raum den Charakter konsequenten sozialistischen Aufbaus haben“ (S. 9). Generell wird festgestellt, daß „sich die überwiegende Mehrheit der Gemeindeglieder der Landeskirche kaum noch am kirchlichen Leben beteiligt. Wie wenig sich Volk und Kirche noch tatsächlich decken, wird daran deutlich“ (S. 17).

Wenn Kretzschmar auch berücksichtigt, daß der Protestantismus keine „Kirchengebote“ kennt und religiöse Gedanken nicht registrierbar sind, so wird doch vom charakteristischen „Prozeß des Strukturwandels einer einstigen weithin privilegierten Staats- oder Volkskirche zu einer immer mehr sich abzeichnenden Freiwilligkeitskirche“ (S. 24) gesprochen.

Die Physiognomie der Gemeinden

Kretzschmar stellte fest, daß die Kirchengemeinden der sächsischen Landeskirche zwar nach außen ein durchaus differenziertes Bild bieten, daß sie in der Regel aber aus drei Gruppen bestehen, die sich in ihrer kirchlichen Aktivität beträchtlich voneinander unterscheiden:

1. Die statistisch kleinste Gruppe umfaßt die sogenannte Kerngemeinde. „In ihr finden sich diejenigen Gemeindeglieder, die bewußt zur Kirchengemeinde gehören wollen und auch im Alltag bemüht sind, ihr Leben in Haus und Beruf aus christlichem Geiste zu führen“ (S. 31).
2. Zur zweiten Gruppe gehören die Durchschnitts- und Traditionschristen. „Den Angehörigen dieser Gruppe fehlt der Drang zum Vorstoß in die Kerngemeinde. Sie begnügen sich mit einer kirchlichen Passivität, weil sie

meinen, sie müßten von der Kirche oder dem Pfarrer ‚bedient‘ werden . . . Weil die Durchschnittschristen als kirchliche Minimalisten gesehen werden müssen, ist zu fragen, wie lange sie noch eine Zukunft haben.“

3. Die dritte — inzwischen zur größten gewordene — Gruppe der Gemeindeglieder sind „die Gleichgültigen, Lauen und Schlummernden“, die „kirchlichen Randsiedler oder Taufscheinchristen“ (S. 33). „Sie haben jedenfalls dem Geiste der Indifferenz oder der atheistischen Propaganda kaum etwas positiv Christliches entgegenzustellen gehabt . . . Ihre Grundhaltung gegenüber Kirche und Christentum ist indifferent, kritisch und nicht selten gar ablehnend.“ Diese Christen leben losgelöst von der Gemeinde, bezahlen meist noch die Kirchensteuern und verlangen die kirchliche Bestattung. Die Ursachen ihres Verbleibens in der Kirche sind wissenschaftlich — laut Kretzschmar — nicht zu erfassen.

Anhand verschiedener Fakten aus drei Gemeinden (Abnahme der kirchlichen Taufen, Trauungen und Konfirmationen) weist Kretzschmar auf ein sichtbares Absinken der Kirchlichkeit hin. Hier sei nur auf die Entwicklung der Konfirmandenzahl hingewiesen:

Jahr	Gemeinde:	A	B	C	Gesamt
1950		84	152	56	292
1953		76	81	37	194
1956		54	90	20	164
1958		46	72	29	147
1960		31	22	11	64
1961		16	28	23	67

In den mehr diasporaerprobten katholischen Gemeinden gibt es ähnliche Erscheinungen, wenngleich dort das Absinken der Kirchlichkeit nicht ganz so kraß ist. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß die Kirchen in Mitteldeutschland in den vergangenen 24 Jahren nicht nur einen zahlenmäßigen Schwund, sondern auch von der Altersschichtung und von der Verteilung auf geographische Zentren (Industriegebiete, Großstädte) her eine Verschlechterung ihrer Struktur aufzuweisen haben. Neben Entfremdungserscheinungen gegenüber der Kirche trägt auch die durch die „Republikflucht“ der Vergangenheit bedingte relative Überalterung und die dadurch gegebene höhere Sterberate zur zahlenmäßigen Schwächung der Kirchen bei.

Da die Kirchen unter den Bedingungen kommunistischer Diktatur praktisch ins Getto gedrängt wurden, hat das Gemeindeleben eine besondere Prägung aufzuweisen. Notgedrungen konzentrieren sich in einem Getto alle Kräfte nach innen, weil die Wirksamkeit nach außen erschwert oder weitgehend unterbunden ist. Unter diesen Bedingungen gibt es im Gemeindekern vielfach eine vorbildliche innerkirchliche Aktivität und einen guten Zusammenhalt.

Relative Geschlossenheit

Die Unruhe, die die Weltkirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil erfaßt hat, wirkt sich auch auf Mitteldeutschland aus. Die bisherige innere monolithische Geschlossenheit der katholischen Kirche in der DDR ist durch die allgemeine nachkonziliare Diskussionswelle gelockert. Ein plurales kirchliches Denken beginnt sich allmählich auch hier, wenn auch zögernd, zu entwickeln. Vor allem im Ausstrahlungsgebiet westdeutscher Sender

finden theologisch-kritische Auseinandersetzungen ein Echo. Mit einer gewissen Verzögerung — bedingt durch die Behinderungen des Literatur- und Zeitschriftenaustausches — finden westliche theologische Ideen bei mittel-deutschen Priestern und Laien in begrenztem Umfang Eingang und auch Anklang. Im theologischen Bereich werden fast ausschließlich bestimmte Anregungen aus der Bundesrepublik übernommen. Eine eigenständige Ausarbeitung theologischer Denkmodelle erfolgt in Mitteldeutschland meist nicht.

Anders verhält es sich dagegen im gesellschaftspolitischen Bereich. Diesbezüglich besteht vielfach das Bedürfnis, als Teil der Weltkirche nach bestimmten Lösungen für die Bewährung im Alltag in der sozialistischen Gesellschaft zu suchen. Dieses Bemühen basiert im Katholischen jedenfalls mit auf der Auswertung der Pastoralkonstitution.

Da Chancen für eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht vorhanden sind und demzufolge die DDR auch nicht mehr als kurzfristiges Provisorium angesehen wird, ist es verständlich, daß jetzt auch in kirchengebundenen katholischen Kreisen neue Überlegungen angestellt werden. Es mehren sich die Stimmen, die nach einem Engagement des Katholiken im gesellschaftlichen und politischen Leben rufen. Das berufliche Fortkommen bzw. die erwünschten Genehmigungen für Reisen, Einfuhren oder Bauten erscheinen so als Preise, die ein gewisses Mitgehen vertretbar machen. Es taucht die Frage auf: ob man noch an der alten Konzeption „Dieser Staat ist ein fremdes Haus“ (Erklärung von Bischof O. Spülbeck auf dem Kölner Katholikentag 1956) festhalten könne und weiterhin politisch völlig abseits stehen müsse oder ob es nicht doch echte, noch vertretbare Möglichkeiten einer begrenzten Mitarbeit der Christen in der sozialistischen Gesellschaft gebe und wie und in welchem Maße man sich gegebenenfalls anpassen müßte.

Bereitschaft zu begrenztem Engagement

Je länger die Mauer in Berlin steht, desto stärker wird insbesondere bei Studenten, Jungakademikern und dem Mittelstand, aber auch bei jüngeren Geistlichen die Bereitschaft zum neuen Überdenken der gegebenen Situation. Die Anerkennung des bestehenden Regimes wird von diesen Kräften als eine wichtige Voraussetzung angesehen, um als christlicher Staatsbürger wirklich auftreten und das Beste zu machen bzw. das Schlimmste verhüten zu können. Es gibt auch bei manchen Katholiken in Mitteldeutschland die Befürchtung, daß das Verharren in der bisherigen Position noch mehr zur gesellschaftlichen Isolierung der Kirche führe und sie dadurch völlig ins Getto gedrängt werde. Es gibt daher Stimmungen für ein begrenztes Engagement in der sozialistischen Gesellschaft bei Wahrung kritischer Distanz zur kommunistischen Ideologie. Früher kritisierten manche die Bischöfe wegen „Nachgiebigkeit“, heute sind sie mit der „unnachgiebigen Linie“ der Bischöfe nicht einverstanden.

Seit einiger Zeit besteht der Eindruck, daß die zuständigen Behörden und gesellschaftlichen Einrichtungen (Partei, Nationale Front) zwischen „DDR-freundlichen und DDR-feindlichen Pastoren“ zu unterscheiden beginnen, wobei das Wohlwollen oder Mißfallen der Behörden nicht nur auf persönliche Vor- und Nachteile, sondern auch auf die pastoralen Arbeitsmöglichkeiten Auswirkungen haben soll. Es gibt Andeutungen, daß die Behörden den Priestern, die zur Gruppe der „DDR-feindlichen Pastoren“

gezählt werden, die Ausübung der seelsorgerischen Tätigkeit in staatlichen Krankenhäusern und Altersheimen untersagen will. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die mitteldeutschen kommunistischen Kirchenpolitiker mittels dieser Taktik erhoffen, die bisher relativ einheitliche Haltung des katholischen Klerus aufzusprengen und Einbrüche zu erzielen.

Andererseits gilt es doch zu beachten, was W. Trilling in einem Vortrag „Der Weg der katholischen Kirche in der DDR“ im Görres-Vortragswerk, Leipzig, am 12. Oktober 1967 feststellte: „Wir haben als Erbe überkommen eine Art ideologische Fixierung auf das Ziel hin: Bestand erhalten. Das hat sich sicher positiv ausgewirkt, es hat aber auch eine negative Rückseite, nämlich die Gefahr des Gettodenkens, des Lebens im eigenen Raum, des Wohlbehagens in katholischer Nestwärme. Wir wissen aber sowohl aus der Erfahrung wie aus der Lehre, daß das Christentum nur lebendig bleiben kann, wenn es Zeugnis gibt, wenn es Aufgaben sieht und tut, wenn es dient und sich im Dienste findet und erfüllt. ‚Bestand erhalten‘ als solches ist kein seelsorgliches und christliches Ziel, es ist es auch niemals gewesen.“

Position von Minderheiten

Zwar ist man sich darin vollkommen einig, daß die einzelnen sich möglichst qualifizieren müssen, um auch im Berufsleben führend tätig sein zu können (von Widerstand ist keine Rede), doch inwieweit sich der einzelne mit dem kommunistischen Staat und in gesellschaftlichen Organisationen arrangieren darf, darüber gibt es Meinungsverschiedenheiten. Eine kluge, allgemeinverbindliche, von allen akzeptierte Formel wurde bisher noch nicht gefunden. Die Vorstellungen katholischer Studenten, Jungakademiker und Geistlicher, wie man die Kirche aus dem drohenden Getto herausführen könne, sind bisher durchaus noch nicht repräsentativ. Die überwiegende Mehrheit der Katholiken in Mitteldeutschland folgt dem Episkopat in der Befolgung weitgehender politischer Abstinenz, was jedoch tatkräftigen Einsatz am Arbeitsplatz und gegenüber dem Nächsten nicht ausschließt. Aber es ergeben sich daraus auch eindeutige Nachteile: Die Notwendigkeit, sich als Kirche in einer atheistisch geprägten sozialistischen Gesellschaftsordnung zu behaupten, veranlaßt sowohl die Amtskirche wie deren innerkirchliche Kritiker zu betonterer Solidarität. Es liegt darin aber auch die besondere Gefahr der Erstarrung. Beim Aufbau der Laienvertretungen in der DDR zeigt sich noch der Trend, Honoratioren zu bevorzugen. Es hat sogar den Anschein, daß von der Amtskirche in verschiedenen Fällen dafür gesorgt werden mußte, daß Jugendliche, Frauen und Arbeiter in angemessener Zahl berücksichtigt werden. Wie bisher bemühen sich die SED und die Behörden, aus innerkirchlichen Meinungsverschiedenheiten Nutzen zu ziehen. Während grundsätzlich früher von der SED und den Behörden vornehmlich jene Kräfte stillschweigend gefördert wurden, die sich gegen die Amtskirche (egal aus welchen Motiven) auflehnten, ist in jüngster Zeit — vor allem unter dem Eindruck der Entwicklung in der CSSR — eine modifizierte Haltung der SED-Kirchenpolitiker erkennbar. Die Aktivität unkontrollierbarer kleiner kirchlicher Gruppen wird von der SED und den Behörden nunmehr mit größtem Argwohn beobachtet. Bei der Amtskirche wissen die SED-Kirchenpolitiker halbwegs, woran sie sind. Die Amtskirche ist für sie eine

überschaubare feindliche Instanz, deren konsequentes unbestechliches Verhalten erwiesen ist. Zur Zeit sind für die SED unberechenbare, schlecht kontrollierbare, besonders kontaktfreudige Kräfte und Gruppen die größere Gefahr, zumal gerade diese Kräfte und Gruppen einige Berührungspunkte mit Oppositionellen aus der Partei und anderen gesellschaftlichen Schichten haben. Diese Kräfte sind dem Regime gerade deswegen suspekt, weil deren grundsätzliches Bekenntnis zum Sozialismus und zur DDR zugleich Ausgangspunkt für reformerische Abweichungen ist.

Wenn die SED-Führung 1960 — nach einer zweijährigen besonders scharfen antireligiösen und antikirchlichen Welle — ihre Kirchenpolitik milderte und seitdem auf weitere scharfe Kampagnen verzichtete, so ist dies zum Teil darin begründet, daß die SED-Führung die Zeit für ausgereift hielt, nunmehr stärker auf die elementaren Auswirkungen eines allgemeinen Entkirchlungstrends zu bauen und nur mit „normaler Intensität“ (ohne groß-angelegte Aufklärungskampagnen und nachdrückliche Aufforderungen zum Kirchenaustritt) den Kampf gegen Religion und Kirche fortzuführen. Ab 1960 schienen die Kirchen der SED-Führung innenpolitisch weniger gefährlich, weil ihre über den „innerkirchlichen Raum“ hinausgreifenden öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten bereits weitgehend ausgeschaltet waren und die Kraft kirchlich geprägten Sozialverhaltens vornehmlich in den Städten zu schwinden begann. Ebenso war bereits damals das Klima des gesamten öffentlichen Lebens — Schule, Massenorganisationen, Massenmedien, Bildungseinrichtungen etc. — achristlich geprägt.

Zurückhaltende Pressionen

Angesichts dieser relativ günstigen Bedingungen für den weiteren Druck gegen Religion und Kirche konnten die SED-Machthaber ihr Vorgehen ändern. Zwar verzichteten sie nicht auf eine Fortführung der atheistischen Propaganda, aber sie konnten darauf hoffen, daß das anti-religiös geprägte öffentliche Leben die Menschen stetig beeinflusst und eine gleichgültige Haltung bei zahlreichen Menschen gegenüber Religion und Kirche erzeugt. Die SED-Führung erkannte nüchtern, daß ihr ein offener Kirchenkampf nun mehr schaden als nutzen könnte. Ungeachtet einzelner Konflikte vermied die SED-Führung mit taktischem Geschick jede ernsthafte Konfrontation mit den Kirchen und jede Kirchenkampfatmosphäre. Große Aufklärungskampagnen und harte Aktionen gegen die Kirchen würden nur die Leidenschaften wecken und die Glaubenshaltung der Christen stärken, daher wurde in den sechziger Jahren die Atheismus-Propaganda im öffentlichen Leben beträchtlich reduziert. Groß-angelegte scharfe Angriffe auf Kirchen und Kirchenleitungen blieben seitdem eine Seltenheit. Kirchenzugehörigkeit und aktive Beteiligung am kirchlichen Leben dienten in den Betrieben und Verwaltungen im allgemeinen nur noch in Ausnahmefällen als Ansatzpunkt diskriminierender Agitation. Dies schließt natürlich nicht aus, daß innerhalb der SED weiterhin diesbezüglich strengere Maßstäbe angelegt werden und es auch Benachteiligungen von treuen Christen in den Schulen, Universitäten bzw. im Berufsleben gab. Schulen und Universitäten sind Hochburgen atheistischer Erziehung geblieben. Wer sich zur Kirche offen bekennt, gilt auch heutzutage in der Wertung der Kaderabteilungen als nur bedingt zuverlässig.

Eine Rückkehr der Kirchen ins Zentrum des gesellschaftlichen Lebens wird mit Konsequenz verhindert. In aller Stille versuchen die Parteiorganisationen und Behörden durch kleine behutsame Schritte das Aktionsfeld der Kirchen weiter einzuengen und sie noch mehr an den äußersten Rand des gesellschaftlichen Lebens zu drängen. Es gibt z. B. Versuche, auf kirchliche Aktivitäten bei der Freizeitbetreuung Jugendlicher sowie im kulturellen Bereich (Laienspiele, Kirchenmusikveranstaltungen) reglementierend einzuwirken.

Es hat den Anschein, daß die SED-Führung auf längere Sicht in ihrem Kampf gegen Religion und Kirche vornehmlich auf den für sie vorteilhaften Trend der voranschreitenden Säkularisierung baut und nur noch in dosiertem Maß ihre zielstrebige, militante atheistische Propaganda und Erziehung fortführt. Dieses Vorgehen ist für sie erfolversprechender. Obwohl die Kirchen in der DDR im Vergleich mit anderen Volksdemokratien eigentlich nie „verfolgt“ wurden, führte die Bedrängnis mit feineren Methoden zu beträchtlichen Einbußen der Kirchen.

Problembereiche zum Zeitgeschehen

Die protestierende Linke — ihre Thesen und Aktionen

Exakt läßt sich der Beginn der Bewegung der neuen Linken wohl kaum festlegen. Ihre geistigen Ursprünge reichen weit zurück. Sie wurden im letzten Heft (S. 236 ff.) dokumentiert. Zu ihnen stehen die Protestgruppen, die die gegenwärtige politische Linksbewegung verkörpern, in einem eigenartig gebrochenen Verhältnis. Begonnen hat es 1957. Damals wurden in Oxford zwei linke Zeitschriften gegründet, die sich 1959 zu der von einem idealistisch-humanistischen Sozialismus bestimmten „New Left Review“ zusammenschlossen. Auch an amerikanischen Universitäten wurden Ende der fünfziger Jahre „sozialistische“ Clubs und Zeitschriften gegründet. Eine protestierende Jugend gab es schon etwas früher in den USA, die Beat-Generation — protestierend freilich nur in einem vagen Sinn —, der später, auch in Europa, Provos, Hippies, Gammler folgten, Gruppen, die sich bewußt aus der Gesellschaft herauslösten. Blieben sie auch subjektivistisch, so suchten sie doch schon nach einer antiautoritären und enthierarchisierten Ordnung (nach W. Hollstein: „Der Untergrund“, Verlag Luchterhand, Neuwied 1969). Der amerikanische underground-Film (in Deutschland in den letzten Jahren entsprechend das „andere Kino“, besonders junger Hamburger Filmautoren), underground-Künstler wie *Tuli Kupferberg*, das schon längere Zeit bestehende, von *Julian Beck* und *Judith Malina* geleitete „Living Theatre“ (länger auch in Europa), mit seinen Produktionen auf die Aufhebung der Differenz von Theater und Wirklichkeit abzielend — diese Phänomene gehören ebenfalls hierher. Bezeichnenderweise war auch die „Situationistische Internationale“ („Internationale Situationniste“, Juli 1957 in Paris gegründet) eine Künstlervereinigung.

Die ersten Gruppen und Aktionen

Daneben bildeten sich in den USA jedoch politisch engagierte Gruppen, so 1960 das SNCC („Students Non-violent Coordinating Committee“), das vor allem im amerikanischen Süden im Sinne der Bürgerrechtsbewegung arbeitete und sich im Laufe der Zeit, unter dem Einfluß von *Malcolm X* und *Stokely Carmichael* wie auch der äußeren Umstände, radikalisierte und der Zielsetzung der „Black Power“ anschloß. Etwa seit 1960 wirkten auch die amerikanischen SDS („Student for a Democratic Society“), theoretisch nicht sehr ausgeprägt, gegen den amerikanischen Liberalismus und sein Establishment gerichtet wie auch das FSM („Free Speech Move-

ment“) von Berkeley, wo es Ende 1964 zu großen Unruhen (sit-in der Studenten, Gewaltanwendung der Polizei) kam. In Amerika wirkten politisierend besonders der Vietnam-Krieg und seine Eskalation durch die USA. (Nach Hollstein haben sich sogar die Hippies seit 67/68 politisiert, sie seien zum Teil zu „Yippies“ — nach „Youth International Party“ — geworden.) Ausgesprochen sozialistische Gruppen sind — abgesehen von der bedeutungslosen alten kommunistischen Partei — die „Progressive Labor Party“ (marxistisch-leninistisch-maoistisch) und die eher reformgläubigen Du Bois-Clubs. (Vgl. zum Ganzen: *Jacobs/Landau*, „Die Neue Linke in den USA“, Verlag Hanser, München 1969.)

In Deutschland lagen die Anfänge neuer linker gesellschaftskritischer Bewegungen auch auf einem stark durch ästhetische Motive bestimmten Gebiet. So bildeten sich 1957 in München die Gruppen „Spur“ und „Wir“, die sich zeitweise der „Situationistischen Internationale“ anschlossen; es gab dann, besonders unter der Wirkung von Adornos und Marcuses Schriften, eine „Subversive Aktion“, die 1963 das Flugblatt „Auch du hast Kennedy erschossen“ produzierte, 1964 die „Botschaft an die Lämmer des Herrn zum Katholikentag“ (die Kirche „ein Anachronismus“ mit einer „von Blut getränkten Geschichte“; „Das Absterben der Theologie ermöglicht die Erfüllung ihres Anspruchs“). Schon im Januar 1964 hatte eine kleine Aktion gegen den Springer-Verlag in Berlin stattgefunden. Man brachte einige Nummern einer Zeitschrift „Anschlag“ heraus, in der u. a. *F. Böckelmann* und *D. Kunzelmann* (später bekannt als Berliner Kommunarde) schrieben.

Der SDS, gegründet schon im September 1946, blieb lange Zeit mit der SPD eng verbunden. In den fünfziger Jahren kam es zu den ersten Differenzen. 1958 führte man die Anti-Atomtod-Kampagne erst noch mit der SPD zusammen, dann allein. 1960 wurde aus der „Rechten“ des SDS der SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund) gegründet, der nun von der SPD gefördert wurde und „vier Jahre hindurch ‚brav‘ blieb“ (so *E. Richert*, Die radikale Linke“, Colloquium-Verlag, Berlin 1968), bis er dann die früheren Positionen des SDS einnahm. Seit November 1960 durften SPD-Mitglieder nicht mehr SDS-Mitglieder sein — Anlaß war die Besorgung von Akten durch den SDS in Ost-Berlin für Material gegen NS-Richter gewesen, Ursache das Abrücken der SPD vom Marxismus seit dem Godesberger Programm 1959. Die wichtigsten Stationen der politischen Entwicklung in